

Linke nehmen Kontakt zu Patrizia-Mietern auf

Kornwestheim Der Ortsverband will einen Weiterverkauf der ehemaligen LBBW-Wohnungen verhindern.

Mit einer Flugblattaktion hat sich der Ortsverband Kornwestheim der Linken an die Mieter der rund 800 ehemaligen LBBW-Wohnungen im Stadtgebiet gewandt. Darin informiert die Partei über die Hintergründe des Verkaufs der Wohnungen an die Augsburger Patrizia AG und bietet Hilfe für die Gründung einer Mieterinitiative an. Es müsse verhindert, zumindest aber erschwert werden, so die Linke, dass die Wohnungen weiter veräußert werden.

Zum Hintergrund: Im Februar verkaufte die LBBW 21 000 Wohnungen an die Patrizia AG für rund 1,4 Milliarden Euro. Mit ihrem Angebot hatten die Bayern ein Konsortium aus dem Rennen geschlagen, zu dem sich die Stadt Stuttgart (25,1 Prozent) sowie die genossenschaftliche Wohnungsbaugesellschaft GWG (60 Prozent) zusammengetan hatten. Gegründet wurde das Unternehmen im Jahr 1984 vom amtierenden Vorstandschef Wolfgang Egger, der auch immer noch die Mehrheit der Aktien hält. 2006 hat Egger Patrizia an die Börse gebracht. Vier Fünftel ihres heutigen Geschäfts macht die Patrizia AG als Dienstleister für Pensionsfonds oder Versicherungen. Für diese Großanleger managt sie umfangreiche Immobilienbestände. Auf eigene Rechnung betreiben die Augsburger noch Immobilien im Wert von rund einer Milliarde Euro.

Nach Auffassung der Kornwestheimer Linken geschah dieser größte Wohnungsverkauf in der Geschichte Baden-Württembergs auf dem Rücken der Mieter. Die Landesregierung habe als Miteigentümer trotz gegenteiliger Aussagen im Koalitionsvertrag die Wohnungen an den Finanzinvestor übergeben, von dem man annehmen müsse, dass er ausschließlich an Profit orientierte Interessen vertrete.

Die Stadt Stuttgart und das Land Baden-Württemberg, erinnert der Linke-Ortsverbandsvorsitzende Friedhelm Hoffmann, hätten die LBBW noch vor kurzem mit einer Fünf-Milliarden-Spritze aus Steuergeldern zur Erhöhung des Kernkapitals vor dem Ruin gerettet. 'Stadt und Land waren Mehrheitseigentümer und hätten diesen unsozialen Deal nicht mittragen müssen'. so Hoffmann.

Die Linke bietet in dem Flugblatt an, die Mieter bei der Gründung einer Initiative zu unterstützen. Hoffmann, der auch Stadtrat ist, will zudem Kontakt zur Stadt Kornwestheim aufnehmen.